



GRÜNE Verbandsgemeinderatsfraktion Hachenburg

Hachenburger Weg 3
57627 Astert

Verbandsgemeindeverwaltung
Hachenburg

Eing. 21. Sep. 2020

Anlagen

Bg.	1	2	3	4	5	5K	VGW
-----	---	---	---	---	---	----	-----

Hachenburg, 17.09.2020

521

Antrag der Verbandsgemeinderatsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Beitritt der Verbandsgemeinde Hachenburg zum Bündnis SEEBRÜCKE „sichere Häfen“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verbandsgemeinderat Hachenburg beantragt, dass die Verbandsgemeinde Hachenburg dem kommunalen Bündnis SEEBRÜCKE „sicherer Häfen“ beitrifft. Die Mitglieder dieser Initiative, der inzwischen über 150 Städte und Gemeinden in Deutschland angehören, erklären sich bereit, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen und diesen Menschen ein bestmögliches Ankommen und eine bestmögliche Integration zu ermöglichen, solange dies erforderlich ist. Neben deutschen Großstädten wie Berlin, Bremen und Hamburg sind beispielsweise Mainz, Koblenz und Trier oder auch die Verbandsgemeinde Bodenheim als rheinland-pfälzische Vertreter inzwischen Mitglied des Bündnisses.

Zur Begründung:

„Die Bewegung SEEBRÜCKE hat sich Ende Juni 2018 gegründet, als die „Lifeline“ mit 234 Menschen an Bord tagelang auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehrere Städte und Länder angeboten, die Menschen von der „Lifeline“ aufzunehmen.“
(<https://seebruecke.org/wir/hintergrund> [17.09.2020; 14:35])


Der Verbandsgemeinderat positioniert sich damit klar und deutlich gegen die Behinderung und die Kriminalisierung der Rettung sich auf der Flucht befindender Menschen. Außerdem bekennt sich der Rat zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Täglich sterben – vor allem im Mittelmeer - Menschen bei dem verzweifelten Versuch, einen „sicheren Hafen“ zu finden. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Rettung von in Seenot geratenen Menschen, ganz gleich aus welchen Gründen, ist eine rechtliche und moralische Verpflichtung aller Menschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Verantwortung Geflüchteten in der EU ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu ermöglichen.

Hachenburg hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass wir bereit und fähig sind geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg wollen wir weitergehen und so unserer Verantwortung gerecht werden.

(Weiterführende) Informationen zur Initiative finden sich unter www.seebruecke.org.

MfG



Erich Wagner, Fraktionsvorsitzender